

Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Gabmann, Dr. Von Gimborn** und **Dr. Machacek**

betreffend: **Keine Unterzeichnung von CETA ohne Volksabstimmung**

Das Freihandelsabkommen zwischen der europäischen Union und Kanada steht kurz vor dem Abschluss, CETA wird seit 2009 von der EU-Kommission verhandelt. Dies passierte in völliger Geheimhaltung und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, weder nationale Parlamente noch Regierungen saßen an den Verhandlungstischen. Stattdessen erhielten Wirtschaftslobbyisten erheblichen Einfluss auf den Vertragstext.

Nach dem klaren Bekenntnis von SP-Kanzler Kern wird die rot-schwarze Bundesregierung den Pakt mit Kanada - ohne Rücksicht auf Verluste - durchpeitschen. Das, obwohl sich 73 (!) Prozent der Österreicher in einer aktuellen Umfrage ganz klar dagegen aussprechen. Mit CETA sollen Zölle gestrichen und gemeinsame Standards für Produkte und Dienstleistungen festgelegt werden. Tatsächlich stellt das Abkommen aber einen massiven Eingriff in sensiblen Bereichen wie Gentechnik, Lebensmittelsicherheit oder Konsumentenschutz dar. Der Vertrag ist in erster Linie ein Interessensvertrag, welcher wirtschaftliche Interessen von Konzernen eindeutig über soziale Interessen der Menschen stellt. Große Verlierer sind die Konsumenten, die verstärkt mit hormonell manipulierten Lebensmitteln konfrontiert sind – und auch die Landwirte, die durch die massive Konkurrenz dramatisch unter Druck geraten.

Experten gehen von einem Verlust von 200.000 Arbeitsplätzen in der EU und einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von bis zu 0,8 Prozent in großen EU-Staaten wie Italien und Frankreich aus. Die budgetäre Lage wird sich noch weiter verschlechtern, da sich Arbeitsplatz- und Wachstumsverluste mit entsprechenden Steuerausfällen niederschlagen werden. Angesichts der aktuellen Staatsschulden dieser Länder wird dies zu einer weiteren Bedrohung für den Euro und die gesamte Währungsunion führen. Das drohende Szenario kündigte unter anderem zuletzt der Ökonom Joseph Stiglitz, bei seinem Wien-Besuch an. Er erwartet einen Euro-Ausstieg Italiens – oder dessen wirtschaftlichen Zusammenbruch.

In Anbetracht des großen Widerstandes der österreichischen Bevölkerung und zahlreicher Expertisen, die vor CETA warnen, ist eine bindende Volksabstimmung das Gebot der Stunde.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für eine verpflichtende Volksabstimmung aus.
- 2) Die Niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und sich für eine verbindliche Volksabstimmung einzusetzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- u. Verfassungsausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.